

FRAUEN

„Tanz gegen Gleichgültigkeit“



Eve Ensler, 59, Frauenrechtlerin und Theaterautorin („Vagina-Monologe“) aus New York, über ihren Aufruf zu einem weltweiten Massenprotest gegen sexuelle Gewalt und Unterdrückung

SPIEGEL: Sie wollen, dass am 14. Februar eine Milliarde Menschen tanzend gegen Gewalt an Frauen protestieren. Wie wollen Sie das schaffen?

Ensler: Vor 15 Jahren habe ich die globale Bewegung V-Day gegründet, die seitdem am Valentinstag Tausende Menschen auf die Straße bringt. Unterstützt von Hollywood-Stars, Künstlern und Politikern haben wir das jetzt zu „One Billion Rising“ („Eine Milliarde erhebt sich“) erweitert. Über Facebook und Twitter können sich die Menschen lokalen Aktionen anschließen oder eigene Vorhaben auf unserer Internetseite registrieren.

SPIEGEL: Was erhoffen Sie sich davon?

Ensler: Dass Übergriffe auf Frauen endlich den Status des Normalen verlieren. Fast überall haben sich die Menschen daran gewöhnt, dass es täglich Vergewaltigungen, sexuelle Belästigungen und Misshandlungen gibt. Jede dritte Frau wird geschlagen oder gar vergewaltigt – also insgesamt rund eine Milliarde. Ich kann mir so viele Menschen nicht vorstellen. Aber ich würde sie gern tanzen sehen.

SPIEGEL: Warum ausgerechnet Tanz als Protest gegen Gewalt?

Ensler: Wer tanzt, der beansprucht mit seinem Körper Platz im öffentlichen Raum und macht auf sich aufmerksam, das befreit den Geist. Viele Frauen, die Opfer von Gewalt werden, denken ja, sie seien allein mit diesem Problem.

SPIEGEL: In 193 Ländern soll es Aktionen geben, in Deutschland wurden Proteste in 57 Städten angemeldet. Hat der Vergewaltigungsfall in Indien die Menschen aufgerüttelt?

Ensler: Dieser Fall hat weltweit für Entsetzen gesorgt, obwohl er ja längst nicht der einzige ist. Bestimmt ist unsere Aktion nun für viele Frauen und Männer ein Anlass, sich den Protesten anzuschließen. Wenn ich mir die Zahl der geplanten Aktionen anschau, lässt das jedenfalls auf einen globalen Tanz gegen Gleichgültigkeit hoffen.

NAHOST

Nächtlicher Doppelschlag

Westliche Geheimdienste bestätigen entscheidende Details eines Angriffs, über den die Regierung in Jerusalem nicht reden mag: Die israelische Luftwaffe hat in der Nacht zu Mittwoch voriger Woche zwei Ziele bombardiert – einen Waffenkonvoi nahe der syrisch-libanesischen Grenze sowie ein als Forschungszentrum getarntes Depot in Dschamraja am Rand von Damaskus. Dort sollen sich keine Chemiewaffen, sondern andere Massenvernichtungswaffen befunden haben, möglicherweise biologische oder radioaktive Kampfstoffe. Der Konvoi hatte SA-17-Flugabwehrraketen geladen, wohl für die Hisbollah bestimmt. Anwohner berichten von Angriffsgerauschen bei dem Dorf Dschudaida, das auf syrischer Seite nahe der Grenze liegt. Dort lebt der schiitische Dschaafar-Clan, der mit der Hisbollah kooperiert. Israel hat bereits mehrfach offen gedroht, nicht zuzulas-

sen, dass die Hisbollah moderne Abwehrraketen in den Libanon bringt – denn die würden deren Stellungen dort schützen. Die Luftangriffe zeigen auch die verzweifelte Lage, in der sich Syriens Diktator Baschar al-Assad befindet: Denn die wichtigen SA-17 wurden wohl abtransportiert, weil das Regime sie vor dem Zugriff vorrückender Rebellen bewahren wollte. Auch das Forschungszentrum war offenbar in Gefahr, von Regimegegnern eingenommen zu werden; möglicherweise wollten die Israelis verhindern, dass die Waffen in falsche Hände gelangen. Syrische Quellen berichten, seit November sei die dortige Belegschaft fast komplett gegen loyale Arbeiter ausgewechselt worden. Das Zentrum wurde weiträumig abgesperrt. Zudem sollen einige tausend Iraner und Hisbollah-Kämpfer Militäreinrichtungen schützen. Israel hat sich bisher öffentlich aus dem Konflikt in



Syrien herausgehalten, um Assad keinen Vorwand für eine Attacke zu bieten. Der riskante Luftangriff zu diesem Zeitpunkt zeigt, dass die Führung in Jerusalem das Nachbarland inzwischen als zu schwach für einen militärischen Gegenschlag hält. „Sogar Israel glaubt, dass Baschars Zeit zu Ende geht“, freut sich ein Aufständischer der „Islamischen Front“.

SÜDAMERIKA

Teure Wunderpflanze

Quinoa war lange Zeit ein Grundnahrungsmittel in den Anden, nun können die Bauern es sich kaum noch leisten. Seit Vegetarier und Gourmets in aller Welt das einst als „Indianerfraß“ geschmähte Gewächs entdeckt haben, hat sich der Preis verdreifacht. Quinoa gilt unter Fachleuten als Wunderpflanze: Das mit Spinat verwandte Kraut enthält viele Mineralien und ist glutenfrei; die Nasa empfiehlt es als Astronautennahrung. Quinoa ist äußerst genügsam und gedeiht bestens auf den kargen Böden

der Hochanden. Doch der Großteil der Produktion in den armen Anbauländern Bolivien und Peru wird inzwischen exportiert. In seiner Heimat ist das „Gold der Inka“, das als Salat, in Körner- oder Flockenform auf den Teller kommt, fast nur noch für die Mittel- und Oberschicht erschwinglich. Die Armen essen Reis und Nudeln. Die Regierungen wollen die Produktion nun steigern, damit die lokalen Preise sinken. Denn auf den Exporterlös möchten sie nicht verzichten – Quinoa ist ein viel zu wichtiger Posten in der Handelsbilanz. Peru hat voriges Jahr für knapp 35 Millionen Dollar Quinoa ausgeführt, Bolivien machte damit fast 85 Millionen Dollar Gewinn.